

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 301.

Mittwoch, den 27. Dezember 1911.

18. Jahrg.

Hierzu eine Beilage und das „Wöchentliche Unterhaltungsblatt“.

## Die Stellung der Fortschrittlichen Volkspartei zur Reichsversicherungsordnung.

Die Fortschrittliche Volkspartei hat sich vom Abgeordneten Dr. Mugdan eine Broschüre schreiben lassen, um die Stellung der Fortschrittlichen Volkspartei zur Reichsversicherungsordnung zu rechtfertigen. Das war keine leichte Aufgabe. Ist es doch allgemein bekannt, daß die Fortschrittliche Volkspartei nur zu oft gegen die Verbesserungsanträge der Sozialdemokratie gestimmt hat.

Hierfür konnte Dr. Mugdan keine klügere Ausrede finden, als daß die bösen Sozialdemokraten „wenn möglich, jeden von der Fortschrittlichen Volkspartei gestellten Verbesserungsantrag überboten und ohne jede Rücksicht auf die Kosten, alle möglichen Anträge gestellt“ hätten, „deren Erfüllung zum Teil wünschenswert wäre, aber an der Unmöglichkeit, die dafür notwendigen Mittel — sie berechnen sich auf jährlich 2 Milliarden Mark — aufzubringen, scheiterte und scheitern mußte.“

Diese Schilderung der Vorgänge ist schon deshalb unrichtig, weil die Sozialdemokraten, wie Abg. Dr. Mugdan sehr gut weiß, mit den allermeisten ihrer 587 Verbesserungsanträge vor den anderen Parteien zur Stelle waren. Fast regelmäßig war der Verlauf so, daß zunächst die Sozialdemokraten die Verbesserungen beantragten, die im Interesse der Arbeiter notwendig waren. Dann stimmten die bürgerlichen Parteien das alle Klage an, daß die Verbesserungen zu viel Geld kosten würden, und lehnten schließlich entweder alles ab oder nahmen einen Vermittlungsantrag an, um den Mißstand, den die Sozialdemokraten ganz beseitigen wollten, entweder tatsächlich oder auch angeblich wenigstens etwas zu mildern. Abg. Dr. Mugdan aber hat am allerwenigsten das Recht, mit den Verbesserungsanträgen seiner Partei wichtig zu tun, denn wenn die Kommission nur auf seine Verbesserungsanträge angewiesen gewesen wäre, hätte die Beratung in ganz kurzer Zeit ihr Ende gefunden.

Ebenso wenig Glück wird er mit der Schauer Geschichte von den 2 Milliarden Mark haben, die er dem Wortführer der Zollwucherer und eifrigen Bewilliger der Militär-, Marine- und Kolonialausgaben, dem konservativen Abg. Schickert, nachzählt hat. Wenn es gilt, das arbeitende Volk durch den Zollwucher auszubeuten oder für Militär, Marine oder Kolonialpolitik neue Ausgaben zu bewilligen, dann schreckt die herrschende Klasse vor der Belastung des arbeitenden Volkes mit vielen Milliarden nicht zurück, dann wird unser „Nationalreichtum“ in den schönsten Farben geschildert. Sobald aber die Sozialdemokraten die „wünschenswerten“, in Wahrheit unbedingt notwendigen Verbesserungen der Arbeiterverhältnisse fordern, dann entdecken die bürgerlichen Parteien plötzlich, daß dazu unser Volk zu arm ist.

Weil sich die Sozialdemokraten durch diese Komödie nicht täuschen lassen, macht sie Abg. Dr. Mugdan dafür verantwortlich, daß die Reichsversicherungsordnung so schlecht ausgefallen ist:

„Denn sie haben allen Segnern der Sozialpolitik für die Ablehnung vernünftiger Anträge die Ausrede verschafft, daß ja auch mit Ausnahme dieser Anträge die „Arbeiter“ nicht zufriedengestellt würden.“

Welch eine staatsmännische Weisheit! Abg. Dr. Mugdan denkt aber gar nicht daran, sich selbst nach dieser Weisheit dann zu richten, wenn er, um nur ein Beispiel anzuführen, für die „Standesinteressen“ der Ärzte eintritt. Hat doch die „Standesvertretung“ der Ärzte geradezu ungeheure Forderungen gestellt, hat sie doch mit dem Generalstreik der Ärzte für den Fall gebroht, daß nicht die „Standesforderungen der Ärzte“ erfüllt werden, und hat doch endlich Herr Dr. Mugdan selbst alle „Vermittlungsvorschläge“ der Regierung zur Regelung der Arztfrage als völlig ungenügend auf das lebhafteste bekämpft. Hier weiß auch Herr Dr. Mugdan, daß nur der etwas erreicht, der mit aller Kraft für seine Forderungen eintritt, also solange unzufrieden, sehr unzufrieden ist, bis er seine Forderungen durchgesetzt hat. Den Arbeitern aber empfiehlt derselbe Herr als einzig richtige Taktik die Zufriedenheit: der Fuchs hält den Hühnern eine Predigt über den Frieden.

Die Fortschrittliche Volkspartei hat aber auch solche Verbesserungsanträge abgelehnt, bei denen

die Kostenfrage wenig oder gar nicht in Betracht gekommen ist. Wir erinnern nur an die Ausdehnung der obligatorischen Krankenversicherung auf die Privatangestellten mit einem Jahresarbeitsverdienst von mehr als 2000 Mk. und auf die Kleinunternehmer. Unvergessen soll auch bleiben, daß die Fortschrittliche Volkspartei alle Veruche bekämpft hat, die Versicherungsämter zu einer wirklich leistungsfähigen und von allen Einflüssen einer engherzigen Bürokratie unabhängigen Versicherungsbehörde auszubauen.

Schließlich die Mitschuld der Fortschrittlichen Volkspartei an der Entrechtung der Arbeiter in der Verwaltung ihrer Krankenkassen. Abg. Dr. Mugdan weiß überhaupt von einer solchen Entrechtung der Arbeiter nichts. Im Gegenteil sollen die Rassenangestellten und die versicherten Arbeiter gegen die Entrechtung durch irgend eine politische Partei „geschützt“ werden. Die neuen Bestimmungen verhindern nur, daß eine Partei ihre Macht in den Krankenkassen mißbraucht. Sie sichern die Rassenangestellten vor jeder Willkür eines Rassenvorstandes und gewährleisten ihre pflichtgemäße Amtsführung. Sie behüten jeden Versicherten, der Rassenleistungen beansprucht oder erbringt, davor, von einem Kontrolleur oder einem anderen Beamten, der auf die Gewährungen der Rassenleistungen Einfluß hat, politisch oder religiös ausgeforscht zu werden und als Rassenmitglied dann Schaden zu erleiden. — So Herr Mugdan!

Auch dies ist eine Entstellung der Tatsachen. Aber die Bestimmungen, soweit sie wirklich diesen Zwecken dienen, bestand kein Streit. Die Sozialdemokraten insbesondere halfen mit, jeder politischen oder religiösen Ungehörigkeit in den Krankenkassen entgegenzutreten. Dagegen bekämpften sie als eine Entrechtung der Arbeiter die Bestimmungen, durch die den Arbeitern der entscheidende Einfluß auf die Auswahl, Behandlung, Befoldung und Entlassung der Angestellten genommen worden ist. Für diese Bestimmungen lag kein sachlicher Grund vor. Sie sind eine rein politische Vergewaltigung der Arbeiter, die nur aus der blinden Angst vor der sozialdemokratischen Agitation entsprungen ist.

Auch dies weiß Abg. Dr. Mugdan nur zu gut. Hat er es doch — die Zeit liegt gar nicht so weit zurück — als seine besondere Aufgabe betrachtet, unter dem jubelnden Beifall der rücksichtslosesten Arbeiterfeinde unermüdlich gegen die Selbstverwaltung der Arbeiter in den Krankenkassen zu hetzen.

Jetzt sucht derselbe Abg. Dr. Mugdan sich und seine Parteifreunde als ganz unschuldig an den Bestimmungen hinzustellen, die das jetzt geltende Recht der Versicherten bei der Verwaltung der Ortskrankenkassen „über das notwendige Maß“ einschränken. Er hebt hervor, daß die Entrechtung des Arbeiters bei der Auswahl der Rassenangestellten gegen die Stimmen der Fortschrittlichen Volkspartei beschlossen worden sei. Das ist nur insofern richtig, als die Fortschrittliche Volkspartei im Plenum des Reichstages dagegen gestimmt hat. In der Kommission jedoch hat Abg. Dr. Mugdan sich im Namen seiner Parteifreunde ausdrücklich für diese Entrechtung der Arbeiter ausgesprochen. Er hat sich einzig und allein gegen den Zusatz erklärt, daß das Versicherungsamt die Wahl eines Angestellten dann nicht zu beständigen braucht, wenn die Aufsichtsbehörde den Gewählten für nicht genügend „unparteiisch“ erklärt. — Dies hat Abg. Dr. Mugdan vorsichtig verschwiegen.

Die Arbeiter aber sind denn doch mindestens so weit über die Verhandlungen im Reichstage unterrichtet, daß sie aus der Stellung der Fortschrittlichen Volkspartei den nötigen Schluß ziehen können. Deshalb wird die Rechtfertigungsschrift des Abg. Dr. Mugdan den beabsichtigten Zweck nicht erreichen.

## Die Reichstagswahl.

Der Reichsverband gegen das Bürgerturn.

Der Reichsverband fährt im Zeichen der Reichstagswahlen fort, nicht so sehr die Sozialdemokratie als die bürgerlichen Politiker zu bekämpfen, die mit dem Scharfmachertum und der schwarzblauen Verbrüderung nicht ganz einverstanden sind. In der vom 21. Dezember datierten Nr. 5 wendet sich die „Wahlkorrespondenz“ des Reichsverbandes gegen den Hirsch-Dunckerschen Arbeitersekretär Erkelenz, (den „engeren“ Parteigenossen des Herrn Julius Klein, für den er in den Zentralhallen sprach), weil dieser in einem „Eberallismus und Arbeiterbewegung“ betitelten Vortrag nicht etwa die Sozialdemokratie gelobt, sondern beiläufig nur die Behauptung aufgestellt hat, daß die deutschen Unter-

nehmer knauerziger seien als die englische Bourgeoisie.

Dieser Behauptung muß der vom deutschen Großunternehmertum unterhaltene Reichsverband natürlich entgegengetreten. Er besorgt das Geschäft nach Vorschrift und fällt mit folgenden, der Verkörperung von Bildung und Besiß durchaus angemessenen Schellworten über Herrn Erkelenz her:

„Genau wie Bebel und die Seinen streicht er das Ausland, vor allem England, auf Kosten des Vaterlandes heraus und beschimpft seine eigenen Volksgenossen, die sich erdreisten, etwas zu besitzen und die Volksaufhebung abzulehnen.“

Nachdem auf diese Weise der Hirsch-Dunckersche Harmonisierfreund vom Reichsverband erledigt worden ist, kriegt ein Göttinger Professor, Dr. Bouffet (ein noch intimerer Freund des Herrn Julius Klein, eine ehemalige national-soziale GröÙe) mit Namen, sein Teil. Herr Bouffet hat in einer Versammlung der Nationalliberalen gesagt, daß die Sozialdemokratie nicht richtig bekämpft werde. Die „Wahlkorrespondenz“ fühlt sich dadurch getroffen und schilt den Professor, daß er eine „ziemlich krause Weisheit“ vorgetragen habe. Nur ein deutscher Professor, dem die Sozialdemokratie trotz seiner Gelehrtheit ein Buch mit lieben Siegeln geblieben sei, könne ein so verkehrtes Urteil über die Amturtpartei haben!

Der Wahlkampf stellt ernste und harte Anforderungen an die Tüchtigkeit und den Opfermut unserer Parteigenossen. Umso dankbarer müssen sie dem Reichsverband sein, weil er dafür sorgt, daß ihnen der Humor nicht ausgeht. Ist ein amüsanteres Schauspiel denkbar, als die Methode, mit der diese Scharfmacher-gesellschaft den Paragraphen eins ihrer Satzungen gemäß „alle in Treue zu Kaiser und Reich stehenden Deutschen ohne Unterschied ihrer religiösen und politischen Stellung zum Kampf gegen die antimonarchischen und revolutionären Bestrebungen der Sozialdemokratie“ einigt?

Schwarz-blaue Taktik.

Eine groteske Situation schufen die schwarz-blauen Blockbrüder im 8. württembergischen Wahlkreis (Freudenstadt-Oberndorf). Bei der letzten Reichstagswahl erhielt hier das Zentrum 6.000 Stimmen, während die Konservativen es gerade auf 560 brachten. Da die evangelischen Bauern in einer etwaigen Stichwahl zur Unterstützung des Zentrums kandidierten nicht zu bewegen sind, so beschloß das Zentrum sofort für den Konservativen einzutreten. Zur Vermeidung einer „falschen Stichwahl“ tritt die mehr als zehnfach stärkere Partei für die andere ein! Dabei handelt es sich um einen konservativen Kandidaten, der sich im württembergischen Landtag mit brutalster Offenheit gegen das allgemeine gleiche Reichstagswahlrecht erklärte! Aber das ist unter schwarz-blauen Kameraden ganz egal!

## Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Nationalliberalen für ein Zuchthausgesetz.

In einem polemischen Artikel des nationalliberalen „Schwäbischen Merkur“, der sich mit den neuesten Wahlbedingungen des Herrn v. Heydebrand beschäftigt, wird zur Beruhigung des konservativen Rufers nach „Schutzmaßnahmen gegen die Sozialdemokratie“ wörtlich mitgeteilt:

„... Andererseits wird sich die nationalliberale Partei unseres Wissens den feinerzeit durch Herrn v. Bethmann im Reichstage erwähnten Änderungen des Strafgesetzbuchs (verschärfte Strafen für Verherrlichung begangener Verbrechen, für Aufreizung, für Terrorismus hinsichtlich des Koalierens usw.) nicht widersetzen.“

Diese Mitteilung kommt gerade noch rechtzeitig, um im ganzen Deutschen Reich den Arbeiterwählern zu zeigen, was sie von den Nationalliberalen und den auf ihre Gnade angewiesenen „Linksliberalen“ zu erwarten haben.

Sozialdemokraten im Brandenburgischen Provinziallandtag.

Nachdem am Donnerstag von der Charlottenburger Gemeindevertretung Genosse Dr. Borchardt in den Brandenburgischen Provinziallandtag gewählt wurde, ist am Freitag von der Stadtverordnetenversammlung in Schöneberg auch noch Genosse Wolkenbühr in diese Körperschaft gewählt worden. Es gehören dieser bisher für Sozialdemokraten unzugänglichen Körperschaft nunmehr zwei Sozialdemokraten an.

## Der bayerische Großblock.

Nach eingehenden Verhandlungen, die seit der Aufhebung des bayerischen Landtages datieren, ist am Freitag, den 22. Dezember, ein Wahlabkommen für die bayerischen Landtagswahlen geschlossen worden, das sich gegen das Zentrum richtet. Es wird uns darüber aus München geschrieben:

Nach eingehenden Verhandlungen haben am 22. Dezember 1911 die liberalen Parteien, der Bayerische Bauernbund, der Deutsche Bauernbund und die sozialdemokratische Partei Bayerns ein Abkommen für die Landtagswahlen getroffen, mit dem Ziele, das bayerische Volk von dem Druck der Zentrumsmehrheit zu befreien.

Dieses Abkommen ist, wie kaum noch besonders betont zu werden braucht, ein rein taktisches und berührt weder Programm noch die Selbständigkeit der einzelnen Parteigruppen.

Der Zweck, das bayerische Volk dauernd von der Gewalttherrschaft der Zentrumsmehrheit zu erlösen, schließt in sich das ernste Streben nach einem gerechten Wahlgesetz. Das geltende Wahlgesetz mit seiner auf die Interessen der Zentrumspartei zugeschnittenen Wahlkreiseinteilung, mit seiner Ausschaltung der Stichwahlen, hat sich als untauglich erwiesen, das freie politische Leben in Bayern zu fördern.

Es zwingt die Parteien, die trotz ihres größeren Anteils an den abgegebenen Stimmen in die Minorität gedrängt sind, schon im ersten Wahlgange zusammen zu stehen, um das ihnen zugesagte Unrecht einigermaßen auszugleichen und eine Wahlreform im Sinne des Proporz vorzubereiten.

Das Abkommen erstreckt sich über das ganze rechts- und linksrheinische Bayern. Seine Notwendigkeit für das bayerische Volk ist, abgesehen von den durch das ungenügende Wahlrecht geschaffenen Verhältnissen durch die Umstände, unter denen der Landtag aufgelöst werden mußte, aller Welt hinreichend dargelegt worden.

Die Einzelheiten des Abkommens werden den mit der Ausführung betrauten Organisationen der beteiligten Parteien sofort bekannt gegeben.

Die zum gemeinsamen Vorgehen vereinigten Parteien sind sich der Schwierigkeit ihrer Aufgabe bewußt. Sie erwarten aber von der Einheit des bayerischen Volks und insbesondere der Wahlberechtigten, daß sie die Bedeutung der am 5. Februar für Bayern bevorstehenden Entscheidung voll erfassen.

Dem darüber werden alle Einsichtigen sich klar sein müssen, verlagen sie jetzt ihre Hilfe, das Ziel zu erreichen und den Übermut, der auf nichts als Gewalt, Unterdrückung und Personalvorteile bedachten bisherigen Mehrheitspartei zu brechen, so tragen sie die Verantwortung dafür, daß Bayern, und über Bayern hinaus das Reich auf unabsehbare Zeit allen Unbilden der rückwärtsgerichteten Zentrumsherrschaft ausgeliefert bleibt.

Die Einzelheiten des Abkommens, insbesondere die Verteilung der Kreise, zur Kandidatenaufstellung an die einzelnen Parteien, werden später nach der Kandidatennominierung bekanntgegeben werden. Die bayerische Parteiorganisation beschloß dieses Wahlabkommen in einer Konferenz, der auch Vertreter des Parteivorstandes in Berlin beiwohnten.

Herr Julius Klein wird wesentliche Teile seiner Kandidatende umarbeiten müssen. Oder er läßt es bleiben. Was uns auch recht wäre!

## Kleine politische Nachrichten.

Aber die Meuterei portugiesischer Truppen in Braga wird in einer amtlichen Note der portugiesischen Regierung bekanntgegeben, daß der Oberst des 29. Infanterieregiments in Braga unter den Truppen Unbotmäßigkeit festgestellt und einige Soldaten, die aus Alentejo in sein Regiment versetzt worden waren, bestraft habe. Diese hätten sich offen gegen ihn aufgelehnt, und der Oberst sei bei dem Versuch, die Ordnung wieder herzustellen, durch einen Schuß in den Bauch verwundet worden. 39 Soldaten seien verhaftet worden; es herrscht jetzt wieder vollständige Ruhe. — Den Spaniern macht Afrika auch wieder Schmerzen. Aus Melilla wird gemeldet: Eine Harka, die vor einem Monat Frieden gemacht hatte, überschritt neuerdings bewaffnet den Kerisfluß, spanische Abteilungen schlugen sie aber in die Flucht. Die Harka hatte 18 Tote, auf Seiten der Spaniern wurden sieben Mann verwundet. Eine spanische Kolonne bei Suel-Senus wies ebenfalls einen Angriff des Feindes zurück, dem sie empfindliche Verluste beibrachte. Von der Kolonne wurden sechs Mann verwundet. — In Argentinien spielt man wieder einmal Revolution. Telegramme aus Union besagen, daß die Revolution Fortschritte mache. Die Regierung habe die Nationalgarde, die Aktiven wie die Reservisten, von 17—50 Jahren einberufen.

## Preußen.

Die Lage wird ernst. Zwischen den Anhängern der Konstitution und russischen Truppen ist es zu ernstlichen Differenzen gekommen. In Tübingen haben heftige Kämpfe stattgefunden. Von den Dächern wurde auf russische Patrouillen geschossen, die Fäden machten einen heftigen Angriff auf Bagditchemal, wo die russische Abteilung steht, wurden jedoch von der Artillerie zurückgeschlagen. Die russische Kolonne flüchtete sich in das Generalkonulat. Am 22. d. M. früh begann die russische Artillerie die ununterbrochene Beschießung der Zitadelle, wo die Hauptkräfte der Fidi stehen. Vier Kompanien zogen mit zwei Geschützen kämpfend von dem Standort der russischen Abteilung nach dem Generalkonulat und zurück und überließen den Weg. Freitag kam es am Adschischai, wo eine russische Kosakenabteilung das Direktionsgebäude an der Straße nach Tübingen besetzt, zu einem Gefecht mit preussischen Truppen.

Das russische Generalkonulat in Tübingen wird von 32 Schützen und 26 Kosaken besetzt, die bereits Verlesungen erlitten haben. Im Hause des Konsulatssekretärs wurden ein Soldat getötet und ein Offizier sowie ein Unteroffizier verwundet.

Wie das Reutersche Bureau erfährt, sind bei den Kämpfen in Tübingen fünfzig Perser getötet worden. Die Russen haben alle Regierungsgebäude und die Telegraphenstationen besetzt. Eine Anzahl von Regierungsbeamten ist in Reicht getötet worden.

Die erste Staffel eines neuen Detachements, bestehend aus dem 5. Schützenregiment und hundert Kosaken, ist in Tübingen angekommen und marschiert unverzüglich nach Tübingen weiter. Außer dem telegraphischen ist auch der telephonische Verkehr mit Tübingen gestört. Der gewöhnliche Konvair des Konsulats konnte von dort nicht abgehen. Die Verbindung von Tübingen mit Adschischai ist unterbrochen. In Tübingen herrscht Mangel an Brot und Fleisch. Die Basare sind geschlossen.

Eine persische Truppenabteilung von dreihundert Mann hat sich der Grenze genähert, um sich der nach Tübingen abgehenden russischen Truppenabteilung entgegenzustellen.

## Wer ist „national“?

Nationalliberale und Freisinnige wetteifern im Wahlkampf mit den Linkern darin, die Sozialdemokratie als „antinationale“ und „vaterlandslos“ zu bezeichnen. Demgegenüber sei daran erinnert, daß der erste Kanzler des Deutschen Reiches, Fürst Bismarck, über den Liberalismus beider Schattierungen in ähnlicher Weise dachte, wie man heute die Sozialdemokratie hinzustellen beliebt. Aber die Nationalliberalen sprach Bismarck am

9. Juli 1878:

Die Kundgebungen, die außerhalb dieses Hauses von sehr hervorragenden Mitgliedern einer großen Partei (Nationalliberalen) stattgefunden haben, die Reden und Argumentationen, wie sie neulich zur Bekämpfung des Volles auf Petroleum hier angebracht worden sind, ja meine Herren, die nötigen mich zu Rate zu gehen mit meinem eigenen Pflichtgefühl gegenüber der Gesamtheit des Reiches. Mit Bestrebungen, die sich dergestalt kennzeichnen, kann ich nicht gehen, können die verbündeten Regierungen nicht gehen, mit denen kann das Reich nicht bestehen, sie sind Untergrabungen des Reichsbestandes, gerade so gut wie die sozialdemokratischen Untergrabungen, die wir durch das Gesetz im Herbst bekämpfen wollen.

Die Fortschrittspartei hat Bismarck wiederholt in außerordentlich scharfer Weise als Reichsfeinde bezeichnet, Nach einer Zusammenstellung der „Germania“ äußerte er am

9. Oktober 1878:

Der Fortschritt ist, um landwirtschaftlich zu sprechen, eine sehr gute Vorfrucht für den Sozialismus als Bodenbereiter, er geißelt danach vorzüglich... Tatsache ist aber, sie (die Sozialdemokraten) fanden (durch die Arbeit des Freisinn) die Achtung vor den Institutionen zerstört, die Neigung, sie in Bild und Wort mit Hohn zu überhäufen, die Freude an diesem Hohn bei jedem Philister, der nachher froh ist, wenn er aus den Folgen dieses Hohnes gerettet wird, fanden sie ganz außerordentlich entwickelt — kurz und gut, sie erkannten hier das Land, von dem sie sagten: „Lasset uns Hütten bauen!“

20. März 1884:

Die fortschrittlichen Bestrebungen untergraben das Vertrauen zur Regierung, und sie sind die wichtigsten Vorarbeiter zur Verbreitung der Sozialdemokratie, und der fortschrittlichen Presse schreibe ich den numerischen Zuwachs, den die Sozialdemokratie erhalten hat... zu. Die Leute müssen ja mit Haß und Verachtung gegen die Regierung erfüllt werden, wenn sie diese ungerechten und verlogenen Deklamationen hören und lesen!

9. Mai 1884.

Der russische Nihilismus ist mehr eine klimatische Abart des Fortschritts, als der Sozialdemokratie... Dann ist weiter eine von den Wahrheiten, zu denen ich mich bekenne, die, daß die Fortschrittspartei gefährlicher ist als die Sozialisten... Ich halte die Fortschrittspartei für viel gefährlicher für die zukünftige Ruhe und die Fortentwicklung unsers Staates als die Sozialdemokratie... Daß sie (die Sozialdemokratie) im Staate zur Herrschaft gelangen wird, das glaube ich nicht. Wohl aber traue ich das der Fortschrittspartei zu; ihr Gift ist mächtiger als das der Sozialisten. Bei den falschen geschichtlichen Traditionen, welche lügenhafte Historiker des Liberalismus seit 50, 100 Jahren in die Welt gesetzt haben, und seit länger noch, ist die fortschrittliche Mischung viel giftiger als die der Sozialisten.

21. Januar 1887:

Ich stehe also nicht an, die Zwecke und die letzten Ziele der Fortschrittspartei als unverträglich mit den monarchischen Einrichtungen zu bezeichnen, als antimonarchisch und als kryptorepublikanisch... Ich werde etwas getrübt in diesen Betrachtungen, wenn ich auf die Vergangenheit zurückblicke... Ich erinnere mich, daß jeder Fortschritt der preussischen Monarchie und des Deutschen Reichs von den Vertretern der Fortschrittspartei auf das bitterste und schärfste bekämpft worden ist.

26. März 1886:

Sie (Fortschrittliche) haben sich von Haus aus der Einführung der Reichsverfassung widersetzt, und seitdem die Reichsverfassung gegeben ist, haben Sie getan, was irgend in Ihren Kräften war, um den Gang der Maschine zu erschweren, und um jede Befähigung der Reichsverfassung zu hindern, und um jede Vorlage, die vorkam, zu vereiteln.

Wir Sozialdemokraten halten es für durchaus falsch, wenn man einer Partei die nationale oder vaterländische Gesinnung abspriicht. Aber wie kann man es nennen, wenn man selbst als „reichsfeindlich“ und „antinationale“ bezeichnet wurde, und trotzdem einer andern Partei denselben unberechtigten Vorwurf macht?

## Der Raubkrieg.

Passagiere eines Tripolisdampfers, die in Graz eingetroffen sind, teilten mit, daß viertausend Mann Bersaglieri und andere Truppen, die einen Rekognoszierungsmarsch nach Sidon unternahmen, in der Nacht des 16. Dezember von Türken, Arabern und Beduinen überfallen worden seien. Die Zahl der Verwundeten und Toten sei sehr groß. Nur sechszehn Mann seien zurückgekehrt.

Der „Agenzia Stefani“ wird aus Benghasi gemeldet: In der Nacht vom 21. zum 22. d. M. wurde die italienische Schanze Nr. 3 von dem Feinde angegriffen, der unter dem Schutze der Dunkelheit von den Bergagrieri und einer Sektion Gebirgsartillerie ohne Verluste auf italienischer Seite zurückgeschlagen. Beim Morgengrauen wurden neun Beduinenleichen in den Drahtnetzen vor den italienischen Verschanzungen aufgefunden. Ein Angriff feindlicher Gruppen auf eines der italienischen Blockhäuser wurde von einer Abteilung des 68. Infanterieregiments zurückgewiesen, wobei zwei Soldaten leicht verwundet wurden.

Aus Tobruk wird gemeldet: Gestern früh wurde eine Truppenabteilung, die die Arbeiten für die Batterie 149 auf der Südküste der Bucht zu schützen hatte, lebhaft angegriffen. In dem Gefecht, das sechs Stunden dauerte, nahmen ein Bataillon des 20. Infanterie-Regiments, ferner zwei Sektionen Artillerie, einige Maschinengewehre und eine Gebirgsbatterie teil. Diese Truppen wurden wirksam unterstützt durch die mit der Arbeit an der Batterie 149 beschäftigten Soldaten, ferner durch die Batterie 75 a und durch die Artillerie der Kriegsschiffe. Die Italiener hatten sieben Tote, darunter zwei Offiziere, und sechzehn Verwundete, darunter einen Offizier. Die Angreifer, die etwa tausend Mann stark waren, hatten sehr beträchtliche Verluste, soweit dies von den italienischen Stellungen aus festgestellt werden konnte.

Hospitalschiff oder Transportdampfer. Die „Agenzia Stefani“ berichtet aus Massawa: Heute ist hier der türkische Dampfer „Kaiserlich“ eingebracht worden. Das Schiff war als verdächtig von dem italienischen Kriegsschiff „Puglia“ aufgebracht worden, obgleich es unter der Flagge des roten Halbmondes (also als Hospitalschiff) fuhr. Die Durchsuchung des Schiffes ergab, daß nichts vorhanden war, was seine Eigenschaft als Hospitalschiff hätte rechtfertigen können. Es handelt sich ohne Zweifel um ein Transportschiff im Dienste der türkischen Truppen an der arabischen Küste, weshalb die Beschlagnahme erfolgte.

## Die Revolution in China.

Wie das Reutersche Bureau von maßgebender Stelle erfährt, ist die Behauptung unrichtig, daß Großbritannien und Japan zusammen vorgehen, um in China die monarchische Regierung, wenn nötig, mit Truppen zu machen aufrechtzuerhalten. Die Bemühungen der britischen Regierung, die im Einklang mit anderen Mächten vorgeht, bezwecken, China darin zu unterstützen, daß es sich selbst die Form einer starken Regierung schafft, die auf der Zustimmung des Volkes begründet ist.

Die chinesische Regierung hegt die Befürchtung, daß die Friedenskongferenz in Schanghai scheitern wird, und glaubt, daß die Revolutionäre einen Vorstoß nach Norden über Pukow vorbereiten.

Depeschen aus Chargin stellen die Situation in China wie folgt dar: In Peking ist alles ruhig, obgleich die Regierung keine weiteren Mittel besitzt, den Kampf fortzusetzen. Der Ministerrat unter Süanschikai verwaltet die wenigen regierungstreuen Provinzen. Die Mandchus-Partei trachtet Süanschikai nach dem Leben, da sie annimmt, daß er im Falle des Sieges sich zum Diktator aufwerfen würde. Die ausländischen Kaufleute raten den Revolutionären, auf der Entthronung der Dynastie zu bestehen, weil diese keines ihrer Versprechen halte. Die Regierungstruppen sind schlecht besoldet und kämpfen ungenügend. Die Nachrichten, daß die Revolutionäre Waffen vom Ausland erhalten, werden als falsch bezeichnet. Wenn überhaupt ein Waffenschmuggel existiere, so sei er nur sehr gering. Die Revolutionäre seien im Besitz fast aller Arsenale. In der Mandchurerei herrscht Ruhe; die Gärung in der Mongolei wird von der chinesischen Regierung wenig beachtet. In Tibet soll der Dalai Lama die Macht wieder an sich gerissen haben.

## Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Mittwoch, den 27. Dezember.

Der Streik in der Darnhandlung von Schreiber, Katharinenstraße 47, dauert unverändert fort. Wir bitten jeden Bezug von Schlachtern und Hilfsarbeitern streng fernzuhalten.

Achtung, Müller und Mühlenarbeiter! Wegen Mäßigung eines Kollegen haben 22 Müller und Mühlenarbeiter der Grügsmühle H. u. F. Brüggem, Dafenstraße, ihre Kündigung eingereicht. Bezug ist streng fernzuhalten.

Ein Flugblatt, in dem die Worte und Taten der bürgerlichen Parteien, besonders der Liberalen, treffend charakterisiert werden, wurde am Sonntag von den tätigen Genossen in der Stadt und den Vorstädten verbreitet. In weitesten Kreisen fand das Flugblatt eine sehr gute Aufnahme.

Gründe, keinen Liberalen zu wählen. 6. Grund. Auch ehrliche Liberaler haben die Blockpolitik verurteilt. Der langjährige angesehene Führer des Liberalismus, Theodor Barth, schrieb im Jahre 1908 in seiner Broschüre: „Der Freisinn im Block“:

Die Blockpolitik der Freisinnigen kann kaum als völlig genug beurteilt werden. Aus einer verworrenen und unklaren Idee hervorgegangen, in schädlicher Nachgiebigkeit und unter Verpaßung jeder günstigen Gelegenheit fortgeführt, hat sie schließlich zu der schwe-

ren moralischen Niederlage beim Reichsvereinsgesetz geführt. In engen Parteikreisen, bei Besatzvereinstellen, mag man sich gegenseitig noch der unentwegten Charakterfestigkeit versichern. Bei allen Zusammenkünften, bei denen auch politische Gegner anwesend sind, wird jede Betonung der Parteigrundsätze auf Spott und Hohn stoßen. Alle demokratischen Erklärungen werden wirken wie das Rot, das der Schauspieler auflegt, bevor er auf die Bühne tritt. Der Freisinn als Exponent aufrichtig demokratischer Bestrebungen ist deklariert!

7. Grund. Die Liberalen haben die politische Hege gegen Fremdsprachige und Jugendliche verschuldet. Mit Zustimmung der Liberalen sind in das neue Reichsvereinsgesetz die Bestimmungen aufgenommen worden, die Nichtdeutschen den Gebrauch ihrer Muttersprache in Versammlungen und den Jugendlichen die politische Betätigung überhaupt verbietet. Dadurch sind die nichtdeutschen Bevölkerungsteile des Reiches (Dänen, Franzosen, Polen usw.) sowie die massenhaft ins Land gezogenen fremdsprachigen Bergarbeiter, Bauarbeiter und Landproletarier jeder Versammlungsfreiheit beraubt worden. Angesehene Politiker des Auslandes, die nach Deutschland kamen, um die Sache des Friedens zu fördern, wurden von der Polizei verhindert, in ihrer Muttersprache öffentliche Ansprachen zu halten. In diesem europäischen Skandal trägt die reaktionäre Gesetzgebung der Liberalen die Schuld.

Noch schlimmer verhält es sich mit den Jugendlichen. Denn der jugendlichen Paragraf des Reichsvereinsgesetzes hat sich, wie nicht anders zu erwarten war, zu einem Ausnahmegesetz gegen die Arbeiterjugend entwickelt. Während der Staat alle Bestrebungen, die darauf gerichtet sind, die Jugend in antiozialdemokratischem Sinne politisch zu beeinflussen, nicht nur nicht verhindert, sondern fördert und planmäßig unterstützt, wird ebenso planmäßig jede Jugendorganisation verfolgt, die auch nur im entferntesten im Verdacht steht, mit der Arbeiterbewegung irgend eine Verbindung zu haben.

Diese skandalösen Wirkungen des Reichsvereinsgesetzes sind im Reichstag von der Sozialdemokratie vorausgesagt worden. Die Liberalen fühlten sich dadurch aber nicht gehindert, für den Sprachenparagrafen, den jugendlichen Paragrafen und schließlich für das ganze Gesetz zu stimmen.

**Reichsversicherungsamt.** Wir erhalten vom Stadt- und Landamt folgenden Artikel: Am 1. Januar 1912 treten die Vorschriften des vierten Buches der Reichsversicherungsordnung (Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung) und die zu ihrer Durchführung erforderlichen anderen Vorschriften der Reichsversicherungsordnung in Kraft. Es sei deshalb auf die folgenden Änderungen der Reichsversicherungsordnung gegenüber dem Invalidenversicherungsgesetz vom 13. Juli 1899 hingewiesen.

1. Erweiterung der Versicherungspflicht. Neu treten in die Versicherung ein, vorausgesetzt, daß nicht ihr regelmäßiger Jahresarbeitsverdienst 2000 Mk. an Entgelt übersteigt: 1. Angestellte in gehobener Stellung (d. i. in ähnlich gehobener Stellung wie Betriebsbeamte und Werkmeister) wenn diese Beschäftigung ihren Hauptberuf bildet, 2. Gehilfen und Lehrlinge in Apotheken, 3. Bühnen- und Orchestermitglieder ohne Rücksicht auf den Kunstwert der Leistungen.

2. Erweiterung der Versicherungsberechtigung. Beträgt der regelmäßige Jahresarbeitsverdienst der unter 1 bezeichneten Personen mehr als 2000 Mk., aber nicht über 3000 Mk., so sind sie bis zum vollendeten 40. Lebensjahre zum freiwilligen Eintritt in die Versicherung (Selbstversicherung) berechtigt. Dasselbe gilt jetzt auch von Handlungslehrlingen.

3. Beschränkung des Kreises der versicherungsfreien Personen. Die in Betrieben oder im Dienste des Reiches, eines Bundesstaates, eines Gemeindeverbandes, einer Gemeinde oder eines Versicherungsträgers „Beschäftigten“ sind nur dann versicherungsfrei, wenn ihnen Unanständigkeit auf Ruhesold in Mindestbetrage der Invalidenrente nach den Sätzen der ersten Lohnklasse, sowie auf Witwenrente nach den Sätzen der gleichen Lohnklasse und auf Waisenrente gewährleistet ist. Das gleiche gilt für Lehrer und Erzieher an öffentlichen Schulen oder Anstalten.

4. Beschränkung des Kreises der auf Antrag von der Versicherungspflicht zu befreierenden Personen. Von den unwichtigeren Fällen der §§ 1238 und 1239 Reichsversicherungsordnung abgesehen, wird auf seinen Antrag von der Versicherungspflicht nur noch befreit, wenn von dem Reiche, einem Bundesstaat, einem Gemeindeverband, einer Gemeinde oder einem Versicherungsträger, oder wenn auf Grund früherer Beschäftigung als Lehrer oder Erzieher an öffentlichen Schulen oder Anstalten Ruhegeld, Wartegeld oder ähnliche Bezüge im Mindestbetrage der Invalidenrente nach den Sätzen der ersten Lohnklasse bewilligt sind und daneben Anwartschaft auf Hinterbliebenenfürsorge gewährleistet ist.

5. Meldspflicht. Die neu in die Versicherungspflicht einbezogenen Personen (1) sind spätestens am 4. Januar 1912 nach den Vorschriften der Bekanntmachung des Stadt- und Landamts vom 22. Dezember 1911, betreffend die Meldungen für die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung, anzumelden. Ebenso sind spätestens am 4. Januar 1912 diejenigen Personen anzumelden, die zwar nach dem Invalidenversicherungsgesetz vom 13. Juli 1899 von der Versicherung befreit waren, aber nach den Vorschriften der Reichsversicherungsordnung nicht mehr befreit sind (zu vgl. 3) oder nicht mehr auf ihren Antrag befreit werden (zu vgl. 4).

6. Die Wochenbeiträge. Sie sind wie folgt festgesetzt: In Lohnklasse I 16 Pf. (bis jetzt 14 Pf.), Lohnklasse II 24 Pf. (bis jetzt 20 Pf.), Lohnklasse III 32 Pf. (bis jetzt 24 Pf.), Lohnklasse IV 40 Pf. (bis jetzt 30 Pf.), Lohnklasse V 48 Pf. (bis jetzt 36 Pf.).

7. Zusatzversicherung. Neu eingeführt ist schließlich die freiwillige Zusatzversicherung: Alle Versicherungspflichtigen und alle Versicherungsberechtigten können zu jeder Zeit und in beliebiger Zahl Zusatzmarken einer beliebigen Versicherungsanstalt in die Quittungskarte einleiben. Sie erwerben dadurch Anspruch auf Zusatzrente für den Fall, daß sie Invalide werden. Der Wert der Zusatzmarke beträgt 1 Mark.

**Zur Verhütung der Weiterverbreitung der Maul- und Klauenseuche** verordnet das Medizinalamt folgendes: Zur Verhinderung der Weiterverbreitung der Maul- und Klauenseuche durch den Viehverkehr wird unter Aufhebung der Bekanntmachung vom 28. Februar d. J. auf Grund der §§ 18 und 20 des Reichsviehseuchengesetzes in Verbindung mit § 1 der Bundesratsinstruktion vom 27. Juni 1895 bis auf weiteres folgendes angeordnet: Klauenvieh (Rindvieh, Schafe, Ziegen, Schweine) darf in d. s. Lübeckische Staatsgebiet nur mit Genehmigung des Medizinalamts eingeführt werden. Die Genehmigung wird auf Grund einer behördlichen Bescheinigung erteilt, daß der Herkunftsort der Tiere in den letzten 8 Tagen vor deren Absendung frei von der Maul- und Klauenseuche oder dem Verdacht dieser Seuche gewesen ist. Die Bescheinigung muß außerdem enthalten: Namen und Wohnort des Viehhalters, aus dessen Bestand das Vieh stammt,

sowie Namen und Wohnort der Person, welche das Vieh einführt. Das für den öffentlichen Schlachthof bestimmte Vieh ist, sofern es mit der Eisenbahn hier ankommt, ohne Umladung dorthin zu überführen. Für die Einfuhr von Klauenvieh aus fremden Sperr- oder Beobachtungsgebieten bleiben die für die Ausfuhr aus diesen Gebieten erlassenen besonderen Vorschriften maßgebend. Zum Überhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen werden gemäß § 328 des Reichsviehseuchengesetzes oder nach den §§ 66 u. 67 des Reichsviehseuchengesetzes vom 23. Juni 1880/1, Mai 1894 bestraft. — Die durch Bekanntmachung vom 16. August d. J. getroffene Anordnung, wonach für die Einfuhr von Klauenvieh aus seuchenfreien lübeckischen Gebieten in den öffentlichen Schlachthof eine Bescheinigung über die Herkunft der Tiere vorzulegen ist. — Die durch die Bekanntmachung vom 22. Juni d. J. getroffenen Anordnungen, wonach die Sammelmolkereien ihre Milchprodukte (Magermilch, Buttermilch und Molken) nur in abgekochtem Zustande an die die Milch liefernden Landwirte zurückgeben und in den eigenen Viehbeständen verwerten dürfen, auch den Zentrifugenschlamm durch Verbrennen zu vernichten haben, werden aufgehoben.

**Vorträge der Oberschulbehörde.** Auf mehrfachen aus dem Kreise seiner Zuhörer an ihn gelangten Wunsch hat Herr Professor P. A. M. Kiel der Oberschulbehörde eine größere Anzahl von Vorträgen zugesandt, in denen die Hauptpunkte seiner im November hier gehaltenen Vorträge über die neuere volks- und weltwirtschaftliche Entwicklung Deutschlands zusammengefaßt sind. Wir machen diejenigen Leser, die diese wirkungsvollen Vorträge gehört haben, darauf aufmerksam, daß die Feste unentgeltlich im Bureau der Oberschulbehörde, Glockengießergasse 4, I, entnommen werden können.

**Ein schwerer Unfall** ereignete sich am Freitag nachmittag im Betriebe der Lübecker Straßenbahn. Der Führer Beck lebte sich aus dem von ihm geführten Straßenbahnwagen hinaus, um zu sehen, ob die herausgesprungene Leitrolle schon wieder in die Leitung hineingebracht sei. In diesem Augenblicke kam von der Gegenfeste ein anderer Wagen, riß den Beck vom Führerstand herunter und verlegte ihn schwer am Hinterkopfe. Beim Fall geriet er dann noch mit der einen Hand unter die Hinterräder des entgegenkommenden Wagens und zog sich auch hier erhebliche Verletzungen zu. Der Verunglückte mußte in das hiesige Allgemeine Krankenhaus übergeführt werden.

**pb. In der Trunkenheit beraubt.** Am 24. d. M., nachmittags zwischen 5 und 8 Uhr, ist einem hiesigen Seemann in angetrunkenem Zustande eine silberne Remontoiruhr mit Sprungdeckel, 1 Portemonnaie mit etwa 20 Mark und 1 Paket mit Wäscheutensilien, worunter sich 2 neue Handtücher und ein Schal befanden, abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden.

**pb. Festgenommen** wurden in der Zeit vom 22. bis 26. ds. Mts. 7 Personen und zwar: 1. Wäschereibauer wegen Diebstahls, ein Hausdiener wegen Einbruchversuchs, ein Zwangsverziehungszwilling, zwecks Vollstreckung einer Gefängnisstrafe, ein Schauspieler wegen Logischwindels und Betruges, ein Arbeiter wegen Weiteles und Widerstands gegen die Staatsgewalt, ein Arbeiter wegen Hausfriedensbruchs und ein Arbeiter wegen Diebstahls.

**pb. Pferde Diebstahl.** In der Nacht zum 19. d. Mts. ist einem Landmann in Moordorf, ein sechsjähriger Fuchswallach im Werte von etwa 1000 Mk. aus dem Stalle verschwinden und vermutlich gestohlen worden. Der Fuchs ist 1,75 Meter hoch, hat keine Abzeichen und war hinten nicht beschlagen.

**pd. Entwendetes Fahrrad.** Am 23. ds. Mts., nachmittags gegen 4 Uhr, ist vor der Hauptpost am Markt ein Fahrrad, Marke „Victoria“, mit schwarzem Gestell, ebensolchen Felgen, Freilauf, Rücktrittsbremse, gerader Lenkstange und der vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummer 14942 abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden.

**pb. Eigentumsvergehen.** Am 26. ds. Mts. ist zwischen 5 und 6 Uhr nachmittags aus einem Hause der Weberstraße ein grauer Ulster mit dunklen Hornknöpfen abhandengekommen und vermutlich gestohlen worden.

**Neues Stadttheater.** Man schreibt uns: Am Donnerstag erscheint Ernst Hardts packendes Drama „Tantris der Narr“ nochmals auf dem Spielplan.

**Oberratswahl.** Die erste sozialdemokratische Versammlung fand hier am 2. Weihnachtstag im Hause des Herrn Kieckstein statt. Vor den sehr zahlreich erschienenen Frauen und Männern sprach Genosse Diez-Lübeck über die kommende Reichstagswahl. Redner behandelte eingehend die Arbeiten des verflochtenen Reichstags, kritisierte das arbeiterfeindliche Verhalten der Reichstagsmehrheit und erläuterte die Stellung der Sozialdemokratie zu den einzelnen Gesetzesvorlagen. Der Appell an die Wähler, am 12. Januar dem Kandidaten der Sozialdemokratie Johannes Stelling ihre Stimme zu geben, wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

**Schwerin.** Jesus Christus und die unehelichen Kinder in Mecklenburg. Ein kirchliches Gemeindeblatt hatte in einem veröffentlichten Berichte mitgeteilt, es seien im Jahre 10 und so viele Kinder, darunter leider vier uneheliche, getauft worden; ferner seien leider fünf unbedrängte Bräute getraut worden. In der Berliner „Welt am Montag“ erschien nun im Februar d. J. ein Artikel mit der Überschrift „Leider“, in welchem obige Mitteilungen glossiert wurden. Es hieß darin, daß, wenn der Herrgott die Herren in Mecklenburg hätte um Rat fragen können, sein Werk besser ausgefallen wäre. Nun habe aber der Herrgott seinen Sohn auch unehelich in die Welt geschickt, so daß es also im Himmel gerade so unästhetisch herzugehen scheint wie in jenem mecklenburgischen Orte. Das Landgericht I in Berlin hat in diesen Sätzen eine Gotteslästerung und eine Beschimpfung der Christusverehrung, einer Einrichtung der christlichen Kirche, erblickt und den verantwortlichen Redakteur des Blattes, Alfred Scholz, am 27. Juli 1911 zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. In der Begründung heißt es, damit seien in Beziehung auf Gott Tatsachen behauptet, die mit der Vorstellung von seiner absoluten Vollkommenheit unvereinbar seien. Was die Erzeugung Christi betreffe, so sei auch der Heilige Geist beschimpft. Das sei mehr als bloße Frivolität, das sei Gotteslästerung, Argernis sei, wie festgestellt, durch den Artikel erregt worden. Gleichzeitig sei dadurch eine Einrichtung der christlichen Kirche, die Christusverehrung, beschimpft. — Die Revision des Angeklagten wurde am 22. d. M. vor dem Reichsgerichte durch Herrn Rechtsanwält Dr. Löwenstein aus Berlin vertreten. Er führte aus, der Angeklagte habe zwar die Verantwortung für den nicht von ihm herrührenden Artikel übernommen, habe ihn aber tatsächlich vor dem Erscheinen nicht gelesen. Das Gericht hätte deshalb prüfen müssen, ob nicht durch besondere Umstände die Annahme seiner Täterschaft ausgeschlossen sei. — Da der Angeklagte einen dazwischen liegenden Einwand in der Hauptverhandlung nicht erhoben hat, verwarf das Reichsgericht die Revision.

**Kirchhagen.** Doppel-Mord. Große Erregung hat in den Weihnachtstagen hier und in der Umgegend eine grausige Muttat hervorgerufen. Am Sonntag morgen fand man in Süderwisch in ihrem gemeinsamen Schlafzimmer den Gastwirt und Krämer Ahlrich und dessen Ehefrau mit einem Beil oder Hammer erschlagen tot auf. Der Verdacht lenkte sich bald auf den Landarbeiter Paul Richard Hermann Weißner, geboren 1890 in Frank-

furt a. O., der in der Nähe Stellung hatte und häufig in dem Lokal verkehrte. Am 23. d. M., abends, erschien er wiederum in der Ahlrichschen Wirtschaft und bat nach kurzer Anwesenheit den Inhaber, ihm zur Kasse in seine Heimat etwas Geld vorzusprechen. Als ihm die Bitte abgelehnt wurde, entfernte er sich mit dem Bemerkten, daß er einem anderen Bekannten am Orte zu dem gleichen Zwecke aufsuchen wolle. Bei Schluß des Lokals beobachteten die letzten Gäste noch, die das Gespräch mit M. gehört hatten, daß U. sämtliche Gläser von den Tischen abräumte. Als das Haus am Sonntag morgen verschlossen blieb, wurde durch die Polizei die Tür geöffnet, und man fand die beiden bereits erstarrten Leichen vor. Vermutlich hat der Täter das Ehepaar beim Auskleiden überrascht, es erst durch Schläge auf den Kopf betäubt und dann vollends durch weitere Schläge getötet. Auf dem einen Tische in der Gaststube stand noch ein mit Bier gefülltes gewöhnliches Glas, aus dem der Nordbube vor oder nach der Tat noch getrunken haben muß. Die Untersuchung ergab, daß eine Summe von 100 bis 300 Mk. von dem Täter geraubt worden war. Verstärkt wurde der Verdacht gegen Weißner noch dadurch, weil er bei der zweiten Person, von der er Geld entlehnen wollte nicht gewesen und dennoch abgereicht ist. Ein Kirchhagener Beamter, der den Gefuchten genau kannte, machte sich auf die Verfolgung und ermittelte den Mörder in seiner Heimat in Frankfurt a. O. Er wurde sofort in Haft genommen und legte bald ein umfassendes Geständnis ab. Die Verhaftung des Mörders. Der Dienstknecht Weißner war nach der Tat in Kirchhagen nach Hamburg und von dort im D-Zug nach Berlin gefahren. Hier hat er sich neu eingekleidet. Am ersten Feiertag fuhr er nach Frankfurt a. O., seiner Heimat, und machte dort eine Festlichkeit mit. Der Hamburger Kriminalwachmeister Finke, der dem Weißner nachgereist war, ermittelte diesen mit der Frankfurter Polizei auf dem Feste. Als Weißner heute früh nach durchgezogener Nacht in einem Automobil vom Polizeibureau vorgeführt, wo er seine Tat gestand. Er war seit drei Jahren auf dem Marschhof Petersen in Welterende-Altendurch bedienstet. Sein Arbeitgeber stellt ihm das beste Zeugnis aus, und alle, die ihn kennen, stehen vor einem Rätsel. Der Mörder hat nach seiner Tat noch seine Braut besucht, der nichts an ihm aufgefallen ist, und mit ihr eingehend alles wegen der bevorstehenden Hochzeit besprochen.

**Bremen.** Nachtlänge vom Brauereiarbeiterstreik. Bei dem jüngsten Streik der Bremer Brauereiarbeiter kam es bekanntlich wiederholt zu Zusammenstößen mit den bewaffneten Eingebürgern. Die Schärpmacher legten auch dieses „Material“ sofort zu dem Scheiterhaufen, auf dem die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften verbrannt werden sollen. In welchem Maße aber die Streikenden oder die Sozialdemokratie an diesen Vorgängen „beteiligt“ ist, zeigt ein Prozeß, der am Freitag vor der 2. Strafkammer des Bremer Landgerichts stattfand. Angeklagt waren vier jugendliche Sünder, die siebzehnjährigen Arbeiter Dauelsberg und Brathauer, der fünfzehnjährige Arbeiter Meyer und der vierzehnjährige Schüler Hampel. Sie waren sämtlich wegen Landfriedensbruchs unter Anklage gestellt. Keiner der Angeklagten wußte von dem Streik beteiligt. Ihr Verbrechen bestand darin, daß sie auch mit dabei waren, als am 5. Oktober d. J. ein johlender Menschenhaufen drei mit Arbeitswilligen besetzten Vierfuhrwerke begleitete, von denen drei volle Kräfte heruntergerissen und in die Weser gerollt wurden. Zwei Kräfte wurden wieder aus dem Wasser gefischt. Meyer hatte sich von dem gemopsten Bier einen Schwips angetrunken, er wollte aber nicht mehr wissen, ob er mit Steinen nach den Arbeitswilligen geworfen habe. Dauelsberg, Meyer und Hampel waren außerdem am gleichen Tage in einer Menschenmenge gewesen, die bei der Kaiserbrücke die Arbeitswilligen warf und verprügelte, die auf einem Lastautomobil der Kaiser-Brauerei saßen. Hampel hatte ferner im Auftrage erwachsener Personen an der Weserböschung Steine zum Werfen gesammelt. Die Beweiserhebung ergibt, daß sich nicht einer der Angeklagten an den Gewalttätigkeiten beteiligt hatte. Es wurde nur nachgewiesen, daß sie in der Menge waren und zum Teil den Eingebürgern recht laut ihre Vornamen zugerufen hatten. Was gemöhnliche Sterbliche Dummejungenstreiche nennen, ist in den Augen deutscher Richter aber oftmals ein Staatsverbrechen. Und so wurden denn auch in diesem Falle sämtliche Angeklagte des Landfriedensbruchs für schuldig befunden. Dauelsberg erhielt vier Monate, Brathauer drei Monate, Meyer einen Monat und Hampel eine Woche Gefängnis. Während den ersten die Untersuchungshaft auf die anerkannte Strafe angerechnet wird, sollen die letzteren der Begnadigung empfohlen werden. — Erwähnenswert ist noch, daß während der ganzen Verhandlung weder von der Sozialdemokratie noch vom Verband der Brauereiarbeiter die Rede war. Warum wohl? Weil man sonst hätte sagen müssen, daß gerade deren Mitglieder gewarnt wurden, sich nicht von der bewaffneten Garde der Auguste Müller provozieren zu lassen.

## Theater und Musik.

**Neues Stadttheater.** Der Kodelzigeuner, Operette in drei Akten von Kastner. Musik von Snaga. Eine in weiteren Kreisen noch recht unbekannt Firma ist es, welche sich mit der Herstellung des „Kodelzigeuners“ befaßt hat; aber sie wird Geschäfte machen. Das bewies auch die gefriste außerordentlich freundliche Aufnahme der Operette in Lübeck. Das dichtbesetzte Haus spendete lebhaften Beifall nach den verschiedensten „Schlagern“ und ruhte am Schluß der Vorstellung nicht eher, bis mit den Hauptdarstellern auch Direktor Fuchs, sowie ein Herr, dem die Haare schon etwas ausgegangen waren und in dem man wohl einen Teilhaber der Firma Kastner und Snaga vermuten darf, erschien. Das Libretto des „Kodelzigeuners“ ist so albern, wie man es von einem modernen Operetten-Textlieferanten gewöhnt ist; es wird durch eine besonders starke Dosis widerlicher Sentimentalität nicht gerade gehobener. Es lohnt sich nicht, auf den Inhalt der „Handlung“ einzugehen, die zweifellos einige gar nicht so ganz üble Gedanken enthält. Aus der Musik klingt das offenkundige Bestreben heraus, populär im drehorgelähnlichen Sinne zu werden. Und das wird auch wohl eintreffen. Trotzdem fann gern zugegeben werden, daß der „Kodelzigeuner“ einige ganz hübsche Nummern enthält. Dem Publikum gefielen die Partien am besten, die im Varietéstil gehalten sind. Die Wiebergabe des „Kodelzigeuners“ an unserer Bühne verdient die höchste Anerkennung. Herr Direktor Fuchs hatte als Regisseur für eine hübsche Ausstattung und ein flottes Zusammenpiel gesorgt. Mit Lust und Liebe waren die Herren Schorn, v. Schenk und Kollwisch (Letzterer sollte seine sympathische Stimme nicht durch Schreien beeinträchtigen), sowie die Damen Renner, Fansen und von Neuenhof, in deren Händen die Hauptrollen lagen, bei der Sache. Da auch der Chor sein möglichstes tat, so kam eine sehr gute Vorstellung heraus.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwig.  
Verleger: L. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.  
Sämtlich in Lübeck.

**Komitee- und  
Kommissionssitzungen**

**11. Distrikt.**  
Donnerstag abends 8 1/2 Uhr  
im Gewerkschaftshaus.  
**V. G. St.**  
Vorstand u. Vertrauensleute.  
Donnerstag, den 28. Dez.  
abends 8 1/2 Uhr,  
im „Gewerkschaftshaus“  
Johannisstrasse 50-52

**Ira Becker  
Hermann Reuter**  
Verlobte.  
Lübeck, Weihnachten 1911.  
**Sophie Dechow  
Heinrich Koop**  
Verlobte.  
Wolsling, Weihnachten 1911.  
**Frieda Behrens  
Friedrich Wackendorf**  
Verlobte.  
Lübeck, Weihnachten 1911.

Für die erzielene Teilnahme und  
Kranzspenden bei dem Begräbnis  
unseres Vaters, Schwiegervaters  
und Großvaters **Eduard Malonn** sagen  
allen Verwandten und Bekannten,  
dem Bauarbeiterverband zu Stockels-  
dorf, der Fackenburg-Liedertafel,  
sowie dem Pastor Vietig für die  
trauerreichen Worte am Sarge unsern  
herzlichsten Dank.

**Sie Kinder.**  
Zu sofort oder später  
Kottwitzstraße mehrere Drei- und  
Zwei-Zimmer-Wohnungen  
zu vermieten. Näheres  
Kottwitzstraße 88. nt.  
Eine freundliche Drei-Zimmer-  
Wohnung mit Gartenland zu sofort  
zu vermieten.  
Näheres Stockelsdorf, Lohse 28.  
Aelteres Kinderl. Ehepaar sucht  
zum 1. April eine Wohnung v. d.  
Burgtor. Angebote unter B B an  
die Expedition dieses Blattes.  
Gesucht zu sofort eine Frau zum  
Brot austragen.  
Erdbeerstraße 18.

**Saushälterin**  
nach dem Lande gesucht. Angebote  
unter H L an die Exped. dies. Bl.  
Ein Haus in der Westhoffstraße,  
nahe Schwartauer Allee, zu ver-  
kaufen. 4 abgeteilt. Drei-Zimmer-  
Wohnungen. Zu erfr. i. d. Exped.

**Ein guter Kettenshund**  
mit Hundehaus und Kette billig zu  
verkaufen. Werderstraße 18.

**Schreiber, Dentist.**  
Sandstraße 4, I.  
Zähne und ganze Gebisse in  
Aluminium sind der Gesundheit  
viel zuträglicher wie Kautschuk.  
Liefern auch in Gold, Kautschuk zc.  
Plombieren hohler Zähne mit Nerv-  
behandlung in einer Sitzung.  
Neuestes Verfahren. Krankenkassen-  
Behandlung.

**Das St.-Lorenz-Beerdigungs-Institut**  
Telephon 2185 **Georg Behneck, Warendorferstr. 4**  
übernimmt Erd- und Feuer-Bestattungen, sowie Ueber-  
führungen. Großes Lager von Särgen, Wäsche usw. usw.  
Billigste Preise.

Man abonniert jederzeit auf das  
schönste und billigste  
Familien-Witzblatt  
**Meggendorfer-Blätter**  
München 22 Zeitschrift für Humor und Kunst  
2 Vierteljährlich 13 Nummern nur M. 3.—  
Abonnement bei allen Buchhandlungen und  
Postanstalten. Verlangen Sie eine Gratis-Probe-  
nummer vom Verlag, München, Theaterstr. 47  
**Kein Besucher der Stadt München**  
Sollte es veräumen, die in den Räumen der Redaktion,  
Theaterstraße 47<sup>III</sup> befindliche, äußerst interessante Aus-  
stellung von Originalzeichnungen der Meggendorfer-Blätter  
zu besichtigen.  
Täglich geöffnet. Eintritt für jedermann frei!

**Wasserdicht**  
„Dina“  
Lederöl



und geschmeidig macht  
**Lederöl „Dina“ D. R. W. Z.**  
**Schuhe und Stiefel.**  
Fl. 10, 40, **Ferd. Kayser.**  
75 Pfg.

**Puppen-Klinik.**  
Sämtliche Reparaturen gut und  
billig.  
Kupferkämmerstraße 10.

**Plakate**  
betr.  
Verordnung des Medizinal-  
amts vom 11. Juli 1910  
bezügl. Feilhalten von Nah-  
rungsmitteln  
sind zum Preise von 30 Pfg.  
per Stück zu haben in der  
**Buchdruckerei des Lüb. Volksboten.**  
Johannisstraße 46.

**Weine, Spirituosen u. Liköre**  
in jeder Preislage  
empfiehlt  
**J. H. Stooß, Engelsgrube.**

**Abreisenden** aufbewahrt u. nach-  
gehändt werden  
Gegenstände aller Art, als: Mobli-  
lien, Koffer zc. im Lagerhaus und  
Expeditionsgeschäft Fischergr. 52.

**Hasenfelle, Kanin, Iltis, Otter,  
Marder, Fuchs zc. sowie  
Pferdehaare**  
kauft zu höchsten Tagespreisen  
**D. Wagner, Solliciterstraße 8.**

**Hasenfelle,  
Kanin, Fuchs, Iltis, Marder etc.  
Pferdehaare,  
Mähnen, Kuhschweifhaare**  
kauft zu höchsten Preisen  
**J. L. Würzburg, Wahnstr. 22a.**

**Sehr schön. Bratenfisch**  
(Wurstfisch)  
Pfund 40 Pfennig  
empfiehlt  
**Carl Junge**  
Wahnstraße 14.

Prima frisches  
**Wildtafelfleisch . . . 50 Pf.**  
**Rehruppen u. Hasen . . . 30 Pf.**  
empfiehlt **Frd. Holst**  
Fleischhausstraße 8.



**Endlich gefunden**  
das Heizmaterial, welches billiger und  
besser ist als Holz und Steinkohle,  
**Union-Brikets!**  
Erhältlich in den Kohlenhandlungen!

Amerikanische  
**Uhren-**  
Reparatur-Werkstatt.  
Neue Feder 1.00 Mk. — Uhrreinigen 1.00 Mk.  
Fast jede einzelne Reparatur nur 1.00 Mk. bei 2 Jahre schriftl. Garantie.  
**Huxstr. 71 und auch Filiale Königstr. 48a.**

**Bungeischer Speise-Essig ist anerkannt der beste.**  
Nur echt mit dem Etikett der Firma. Alleinige Fabrikanten:  
**H. L. Wiegels, vorm. I. C. Bunge, G. m. b. H.**

**Ein Sieg  
der deutschen Industrie.**

Nur echt mit Firma „Yenidze“ Dresden.  
Deutschlands größte Fabrik für Handarbeit-Cigaretten.

**Achtung Lastdielarbeiter!**  
**Versammlung**  
am Donnerstag, dem 28. Dezemb. 1911  
abends 8 1/2 Uhr  
im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Johannisstr.  
Tagesordnung:  
**Bericht der Lohnkommission.**  
Sämtliche Arbeiter, die auf der Lastadie beschäftigt sind, müssen erscheinen.  
Mitgliedsbücher sind vorzuzeigen  
Der Vorstand.

**Carl Folkers  
Möbelmagazin**  
25 Marlesgrube 25.  
Vollst. Wohnungseinrichtungen.  
Selbstgefertigte Arbeiten.  
Größte Auswahl.  
Billigste Preise.  
Weitgehendste Garantie.  
Zimmereinricht. stets vorrätig.  
Lieferung frei Haus  
auf eigenem Möbelwagen.  
: Teilzahlung gestattet :  
Bei Barzahlung Rabatt.  
Gebe rote Lubeca-Rabattmarken.

Geschlossene  
**Kartell-**  
**Versammlung**  
am Donnerstag, 28. Dezember  
abends 8 1/2 Uhr  
im „Gewerkschaftshaus“  
Johannisstr. 50-52.  
Tages-Ordnung:  
Eingänge.  
Die Kartellkommission.

Deutscher  
**Metallarbeiter-Verband.**  
Verwaltungsstelle Lübeck.

**Versammlung  
der Klempner**  
Donnerstag, 28. Dezbr.  
abends 8 1/2 Uhr  
im „Gewerkschaftshaus“  
Das Erscheinen sämtlicher Kollegen  
ist dringend notwendig.  
Die Branchenleitung.

**Achtung!**  
**Kohlenarbeiter!**  
**Versammlung**  
Donnerstag, 28. Dezbr.  
abends 8 1/2 Uhr  
im „Gewerkschaftshaus“  
Johannisstraße 50-52.  
Tages-Ordnung:  
Bericht der Lohnkommission.  
Mitgliedsbücher sind vorzuzeigen.  
Der Vorstand.

**Zentral-Hallen**  
Dankwardtstraße 20.  
Jeden Donnerstag:  
**Tanzkränzchen.**  
Anfang 8 Uhr.  
Ende 12 Uhr.

**Hansa-Theater.**  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Täglich das kolossale  
**Weihnachtsprogramm**  
Sonntag, den 31. Dezember  
nachmittags 4 Uhr:  
Volks- u. Fremdenvorstellung,  
Abends 10 Uhr:  
**Gr. Neujahrsummel.**  
Auftreten sämtlicher Künstler.  
Neue Debuts.

**Neues Stadttheater.**  
Donnerstag, 28. Dezember, 7 1/2 Uhr.  
Ball-Ab. 86. Donnerstag-Ab. 18.  
**Tantris der Narr.**  
Drama von Ernsthardt.  
„Spot“ — Fr. Fraedrich vom Fürstl.  
Hoftheater in Detmold als Gast.

## Wer ist Schuld an der Teuerung?

Das von uns bereits mehrfach erwähnte Zentrumsflugblatt aus der München-Gladbacher Lügenfabrik wird jetzt als Wahlaufsatz für Franz Behrens öffentlich verteilt. Da sich also die „rechtsstehenden“ Parteien offiziell zu dem Machwerk bekennen, wollen wir es kurz besprechen.

Nachdem man eine Zeit lang versuchte, das Bestehen einer Teuerung überhaupt in Abrede zu stellen, haben die schwarzen Herren einsehen müssen, daß sie damit bei den schwer belasteten Volksmassen sehr wenig Anklang finden. Jetzt wird versucht, die Schuld von sich ab und auf die — Sozialdemokratie zu wälzen. Selbstverständlich! Wo gebe es auch etwas auf der Welt, das die von der Partei für „Wahrheit, Freiheit und Recht“, nicht der Sozialdemokratie anzuhängen verstanden! Daß diese Arbeit den letzten Rest jesuitischen Scharfsinns beansprucht, versteht sich am Rande; ebenso selbstverständlich ist nach alledem, was man bisher von jener Seite erfahren, daß es dabei nicht ohne grobe Fälschungen und Unwahrheiten abgeht. Das Flugblatt bezeichnet unseren Kampf gegen die Lebensmittelerhöhung als „dreiste sozialistische Hege“. Um die Richtigkeit dieser Auffassung zu beweisen, wird auf eine Äußerung des Genossen Bebel auf dem Parteitag in München verwiesen. „Auf dem Parteitag zu München 1902 rechnete Obergrenze Bebel die Fleischteuerung zum Schweineglick für die Partei“, heißt es in dem Flugblatt. Wie ist der Sachverhalt? Genosse Bebel hatte das Referat über die bevorstehenden Reichstagswahlen. Im Vordergrund standen damals die Zolltarifkämpfe. Naturgemäß nahmen diese auch in dem Bebelischen Referat einen breiten Raum ein. Der Redner wies damals im einzelnen nach, wie durch die kapitalistische Entwicklung die bürgerlichen Parteien zu Handlungen gedrängt werden, die letzten Endes die Sozialdemokratie doch nur stärken können. Bebel sagte dann wörtlich: „Hier gilt wieder einmal das bekannte Wort des Zentrums-Abgeordneten Gröber, das eine jahrzehntelange Erfahrung für sich hat: die Sozialdemokratie hat riesiges Schwein.“ Man hat nur nötig, diese Tatsachen den Angaben des Flugblatts gegenüberzustellen, um den geriebenen Schwindel zu kennzeichnen.

Weiter behauptet der Flugblattschreiber, die Sozialdemokratie spreche immer nur von einer Steigerung der Lebensmittelpreise, verschweige aber konsequent, daß auch Kohlen, Kleider, Häuser, kurzum die „gewerblichen“ Erzeugnisse teurer geworden seien. Das ist wieder einmal eine der dreisten Zentrumslügen, die selbst der Blinde mit dem Rückenstock fühlen kann. Keine Partei hat mehr auf die Verteuerung der gesamten Lebenshaltung hingewiesen als wie die Sozialdemokratie. Wir sind es gewesen, die zeigten, daß neben den Nahrungs- und Genussmitteln die Wohnungen, das Heizmaterial, die Kleidung, auch die Gebrauchsgegenstände, kurz alles im Preise steigt, daß nimmermüde Kapitalisten und Großgrundbesitzer sich zum Zweck der Errichtung einer Politik der Volksansplünderung zusammenschließen. Die sozialdemokratischen Forderungen zeigen auch den Weg zur Abhilfe. Von ihm wollen aber die Nutznießer der heutigen Zustände nichts wissen. Je größer die Gefahr für ihren Geldbeutel wird, um so mehr schimpfen sie über die Sozialdemokratie.

Die Tatsache, daß die Agrarzölle verteuernd wirken, wird dadurch nicht aus der Welt geschafft, daß die Schwarzen und die Bauern jeden Tag das Gegenteil behaupten. Sie verteuern die verbotenen Waren, treiben aber außerdem den Preis der Güter, besonders im landwirtschaftlichen Großbetrieb ganz gewaltig in die Höhe. Durch eine ganze Reihe von Beispielen ist das zu be-

weisen. Nur eines sei hier angeführt. Das bei Petershain gelegene Rittergut Lindbagen, das vor etwa einem Jahre bei einem Kaufpreis von 180 000 Mark den Besitzer wechselte, ging im September dieses Jahres um 350 000 Mark auf einen neuen Eigentümer über! Die neuen Bewirtschafter werden in solchen Fällen natürlich wieder klagen, daß sie notleidern müssen, sie werden mit noller Lungenkraft nach höheren Zöllen schreien, und wenn sie diese erreichen, kann der Kelgen neu beginnen. Da sie aber allein zu schwach sind, um auf die Gesetzgebung erfolgreich hinzuwirken, suchen sie die mittleren und die kleinen Bauern zu überreden, stellen sich diesen als Freunde vor und versuchen ihnen weiszumachen, daß ihre Interessen die gleichen seien. Der kleine Bauer darf dann den großen den Hasen in die Küche jagen und zusehen, wie sie ihn verzehren.

Als die wahren Ursachen der Teuerung werden in dem Flugblatt Wassermangel, Dürre, Hitze und Seuchen angeführt. Zugegeben; diese Ereignisse beeinflussen die Preisbildung. Sie sind aber nicht allein entscheidend. Neben ihnen stehen die gewaltigen Preistreiber durch eine verfehlte Wirtschaftspolitik, die es fertig brachte, daß in einem Lande, das z. B. selber Getreide ausführt, die Preise im allgemeinen über dem Weltmarktpreis stehen. Ein absoluter Mangel an Nahrungsmitteln besteht nicht. Die Preise sind aber so gestiegen, daß weite Kreise des Volkes Not leiden. Die Lebensmittelzufuhr aus dem Ausland ist durch allerlei Schikanen ungeheuer erschwert. Wurde früher ein Land von Teuerungen heimgeschützt, so war dagegen wenig zu machen. Heute hat der Kapitalismus seine metallenen Arme über die ganze Erde ausgebreitet; auch seine Schiffe laufen vor jedem nennenswerten Hafen an. Diese Entwicklung hat es möglich gemacht, aus Ländern mit Überfluß an Nahrungsmitteln, solche dorthin zu transportieren, wo Mangel an ihnen ist. Die Länder, aus denen z. B. Fleisch zu holen wäre, sind vorhanden. Aber die agrarische Gesetzgebung hat es verstanden, hier starke Riegel vorzuschleichen, nicht um das Land vor Seuchen zu schützen, sondern um den Profit der Großen nicht zu gefährden. Wenn das Zentrumsflugblatt davon spricht, daß es in andern Ländern sogar zu Teuerungsrevolten kam, so hätte es auch ehrlicherweise die seinen Nachbarn wohlbekannten Ursachen mitteilen müssen. Es hätte sagen müssen, daß auch in jenen Ländern deutungsgrige Agrarier eine volksfeindliche Politik durchführten, oder daß korrupte Behörden das Land verwahrlosten lassen und das Volk so zur Verzweiflung treiben. Von alledem wird aber kein Wort gesagt. Warum? Darum! Am Schlusse des Flugblattes wird dann pathetisch erklärt, daß beiseite nicht das Zentrum, sondern die Sozialdemokratie an den Pranger gehöre, die ja für das Volk nur Worte, keine Taten habe. Die jahrzehntelange politische Wirksamkeit der Sozialdemokratie, ihr unermüdeliches Arbeiten auf allen Gebieten zum Wohle des gesamten arbeitenden Volkes spricht eine zu deutliche Sprache, als daß es nach dieser Richtung irgend einem Jesuitenzögling möglich wäre, den klaren Sachverhalt zu trüben. Ehrliche Gegner haben der Sozialdemokratie für ihre Tätigkeit das beste Zeugnis ausgestellt. Viel wichtiger aber ist die Tatsache, daß allen rabulistischen Verdrehungsversuchen zum Trotz, die Bevölkerung immer mehr zwischen Freund und Feind richtig zu unterscheiden lernt.

Dem Lebensmittelerzeuger und Arbeiterverräter Behrens wird auch das verlogenste Flugblatt nicht das Vertrauen der Arbeiter erwerben!

## Die Anarchie in Mazedonien.

Die Chancen der Türkei im tripolitischen Kriege werden, wie wir schon mehrfach bemerkten, nicht unerheblich gestört durch die inneren Unruhen. Der rollende Kubel, der die kleinen „Raubstaaten“ zu allerlei Freistatigkeiten ermuntert, ist offenbar auf Reisen. Namentlich Mazedonien bildet den Herd andauernder Unruhen. Unsere Leser wird daher eine instruktive Sachdarstellung aus der Feder des Genossen Parvus interessieren, welcher uns schreibt:

In Mazedonien stehen sich die Banden und die Regierung gegenüber. Die Bevölkerung ist der leidende Teil. Das Ganze spielt sich auf dem Rücken des Bauern ab. Die Bauern werden von den Banden gebrandschatzt und terrorisiert. In der Zwischenzeit von einem zum andern Bombenwurf besteht die Tätigkeit der mazedonischen Banden darin, daß sie den Bauern das Vieh fortstreifen. Das ist es, was man von ihnen am häufigsten zu hören bekommt. Sie verschmähen aber auch Geld nicht.

Eine weitere Beschäftigung der Banden ist, Strafexpeditionen vorzunehmen, um die Bauern, die sich ihnen nicht willig genug zeigen, zur Räion zu bringen. Das war früher anders. Zur Zeit als diese Bewegung Wurzeln in den Bauernmassen hatte, richteten sich solche Expeditionen gegen die Gutsbesitzer, die ihre Bauern bedrängten. Jetzt hört man nichts mehr davon. Eine weitere Spezialität der gegenwärtigen Bandenbewegung ist die Jagd nach Verrätern in ihrer eigenen Mitte. Auch hier sind Revolver und Messer sofort bei der Hand. Am letzten Ende werfen sich jetzt die Bandenführer gegeneinander, aus Ehrgeiz, Neid, Rechthaberei die besten Leute in ihrer eigenen Umgebung abgeschlachtet zu haben. Die Zahl der Todesopfer, die einzelnen Bandenführern nachgerechnet wird, beläuft sich auf Hunderte. Wenn das alles Gutsbesitzer wären, so wäre mit der ganzen Klasse schon längst ausgeräumt worden. Aber es waren eben keine Gutsbesitzer, es waren immer und immer wieder Bauern, die zur Schlachtkampfbank gebracht wurden. Es ist sogar nachgewiesen, daß Kinder, Greise, Frauen ermordet werden.

Die Bauern sind nicht mit den Banden. Das erklärt zum Teil auch die Gewaltmaßregeln, welche diese letzteren der friedlichen Bevölkerung gegenüber anwenden. Aber die Bauern sind auch nicht für die Regierung. Sie haben keinen Grund, regierungsfreundlich zu sein, da die Regierung nichts getan hat, um ihrer Not abzuhelfen. Die Regierung hat die Gutsbesitzer geächtet, während der Jahre der Konstitution ihre Einnahmen verdoppelt und verdreifacht haben; die Lage der Bauern dagegen, und ganz besonders der mazedonischen Naturalpächter, hat sich verschlimmert. Aber während die Bandenführer mit nationalistischen Phrasen um sich werfen, die Regierung auf den großtürkischen Gedanken stützt, ein Großbulgarien auf der einen Seite, die Integrität der Türkei auf der andern Seite ins Feld geführt werden, bleibt die eigentliche Bauernfrage, die Agrarfrage, außerhalb der Diskussion: die einen haben sie vergessen, die andern haben sie nie gekannt.

Daher diese doppelte Erscheinung: 1. daß die Banden ihren Zusammenhang mit dem Volke eingebüßt haben, 2. daß die Regierung, trotzdem die Banden von den Bauernmassen nicht gestützt werden, mit ihnen nicht fertig werden kann.

Die Regierung bekämpft die Banden durch Gendarmerie. Die Bauern hassen beide. Sie suchen, sich beiseite zu halten. Werden sie aber gezwungen, so helfen sie den einen gegen die anderen, ohne Unterschied, wie es sich trifft. Es werden u. a. eine Anzahl Bandenführer genannt, die von den Bauern getötet wurden. So

## John Wells.

Erzählung von Friedrich Gerstäcker.

(5. Fortsetzung.)

„Wenn Ihr schweigen könnt, braucht kein Mensch etwas davon zu erfahren“, sagte Wells trocken.

„Wird nun doch wohl nicht mehr zu ändern sein“, meinte Mawler.

„Vielleicht doch“, versetzte Wells, seine Tasse noch einmal der Frau hinüberreichend, um sie wieder füllen zu lassen.

„Und haben Dich die Indianer denn wirklich gefangen gehalten?“ fragte Welsley, mit ängstlichen Blicken sein Gesicht überfliegend, in dem sie drei oder vier frische Narben entdeckte.

„Nur die Creeks — feiges, verdammtes Volk“, knurrte der Jäger halb laut vor sich hin, während sich die Knaben zu ihm drängten und ihm die Worte mit den Augen von den Lippen fingen. „Das erste Frühjahr wollt' ich noch nicht wieder zurück, ich mußte doch erst wissen, wie Texas im Sommer aussah, war ja doch einmal dort. Wild war auch genug da, und wie ich das Land dann nach allen Richtungen durchzog und im Herbst wieder heimkehren wollte, fiel ich mit einer Bande der verfluchten Rothhäute zusammen, die mit einem einzelnen Jäger glaubten keine Umstände machen zu dürfen. Sie stahlen mir erst mein Pferd, und als sie mir selber zu Beibe gingen, schloß ich vier von ihnen nieder, bis ich von ein paar Kugeln, die ich selber gekriegt hatte, ohnmächtig wurde. Als ich wieder zu mir kam, hatten sie mich gebunden und auf eins von ihren Maultieren gepackt, und nahmen mich mit in ihr Lager. Dort durft' ich mich erst ganz ordentlich wieder erholen, und ich glaubte schon, die Kanakillen wollten mich mit in das Territorium nehmen, wo ich leicht Gelegenheit gefunden hätte, zu entweichen. Eigentlich aber sparten sie mich nur zu einer Festlichkeit auf, die sie in der nächsten Zeit halten, und bei der ich, wie ich nachher fand, den Pfahl laufen sollte.“

Man weiß, daß die nordamerikanischen Indianer ihre Kriegsgefangenen oft auf die ausgefuchtest graufame Weise

marterten. Eine ziemlich häufige Art dabei war nun, den Gefangenen nackt anzuziehen und an einem fünf oder sechs Fuß langen Streifen Büffelhaut an einen Pfahl zu binden, daß er um diesen herumlaufen konnte. Den Boden bestreuten sie dann mit glühenden Kohlen und trieben und stießen ihn selbst, unter dem Jubelruf der Zuschauer, mit zugespitzten Bränden, bis er seinen Qualen erlag. Die Erbitterung der westlichen Amerikaner schreibt sich auch eine teils von diesen Martern, meist aber von den heimlichen Überfällen der Wilden her, die, wenn sie eine einsam liegende Hütte umzingelt hatten, weder Weiber noch Kinder schonten und alles ermordeten. Wie sehr sie dazu von den Amerikanern selbst gereizt wurden, die sie weiter und immer weiter zurückgetrieben von ihren Jagdgründen, von den Gräbern ihrer Väter, das kummerte die Pioniere nicht. Seit den letzten Jahrzehnten haben diese Überfälle in den Vereinigten Staaten aber aufgehört. Black Hawk war der letzte Häuptling, der seine Krieger gegen die Weißen führte, und nur noch in den Felsengebirgen und den weiten, wüsten Prairien — westlich vom indischen Territorium, waren die einzelnen Jäger und Fallensteller den Schrecken und Gefahren solcher Kriegsführung ausgesetzt, der sie aber nicht selten auf gleiche Weise begegnen, ihre erschlagenen roten Feinde wenigstens eben so gut skalpieren, wie die Indianer selber.

Am Tage vor dem Fest,“ erzählte Wells weiter, „hielten sie eine Art Vorfest und ich wurde draußen vor dem Lager an einen Baum gebunden und“ — er biß die Zähne fest aufeinander, daß sie knirschten — „den Frauen und Kindern und alten Weibern des Stammes überliefert, die mich mit brennenden Stäben stechen und peinigten, indes die verdammten rothhäutigen Schufte dabei standen und sich ausschütten wollten vor Lachen. — Pest! — ich hab's ihnen aber vergolten. In der Nacht brach ich durch ihr Lager und lief ohne Gewehr, am ganzen Körper voll Brandwunden, nur von Schneider hier gefolgt, der mich nicht aus den Augen gelassen hatte, bis ich den Wald erreichte. Die roten Hölle hunde waren hinter mir her, und sie hätten mich doch am Ende wieder erwischt, wäre mir nicht glücklicherweise ein kleiner Zug weißer Jäger in den Weg gekommen, die nach Santa Fe wollten. Der denen zogen sich die Indianer

zurück, ich aber schwor, keinen Bären wieder zu schießen mein Leben lang, bis ich den Skalp des Häuptlings, der mich den Weibern zum Spott überliefert, am Gürtel hängen hätte, und als die Jäger erfuhren, wie ich von den Rotfellen behandelt worden sei — meine Haut erzählte die Geschichte dabei viel besser, als ich es selber konnte — gaben sie mir Kleider und Büchse und Messer, und noch in derselben Nacht griffen wir das Lager an.

„Wie viel wir von den Hundstotgeschossen, weiß ich selber nicht mehr, aber — der Häuptling war nicht darunter, und nach Hause durft' ich nicht wieder, bis ich meinen Schwur gelöst. Die Jäger zogen weiter, ich aber ging in die nächste, vielleicht fünfzig Meilen von dort liegende Ansiedlung, um mich erst ordentlich wieder zu erholen, und nachher, wie es mein Unglück wollte, konnt' ich den Stamm nicht wieder finden. Drei Jahre bin ich so in den Steppen herumgezogen, den Schuften immer auf der Ferse; drei Jahre haben die Bären Ruhe vor mir gehabt, zu Schneiders Ärger, und jedesmal, daß ich in Schußnähe von einem der schwarzen Burschen kam, brannte mir der Schwur wieder wie Feuer auf der Seele. Was ich dabei ausgestanden, welchen Gefahren ich dabei entging und sie wieder und wieder aufsuchen mußte — das zu erzählen, brauchte ich einen ganzen Winter. Aber — ich ließ nicht nach, bis mir vor fünf Monaten etwa der rote Bursche vor die Büchse lief.“

„Und habt Ihr ihn erwischt?“ rief Mawler, der mit dem gespanntesten Interesse der Erzählung gefolgt war. Wells erwiderte nichts darauf, sondern schlug nur sein Jagdhemd zurück, und die Frau barg schauernd ihr Angesicht in den Händen, als sie an dem Gürtel, der das Messer trug, die dunkle, entlegliche Trophäe erkannte.

„Und deshalb konntest Du Frau und Kinder so lange allein zurücklassen?“ stöhnte sie vorwurfsvoll.

„Ich glaube, an seiner Stelle hätte ich das auch getan,“ sagte Mawler finster. „Sol' der Teufel die roten Bestien, einen Mann zu quälen, wie selbst ein nichtswürdiger Panther, ein Wolf seine Beute nicht martert! — Ich habe auch noch eine alte Schuld an sie abzutragen.“

(Schluß folgt.)





